

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den ... den Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. pro jährlich. Abgabe ...
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Wochenspenden ...
Wochenspenden ...
Wochenspenden ...

Angelagerter: die Spaltenzahl ...
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Wochenspenden ...
Wochenspenden ...
Wochenspenden ...

Nr. 23. 85. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 27. Januar 1926.

Regierungserklärung im Reichstage.

Programmrede des Kanzlers.

n. Berlin, 26. Januar.

Ein überfüllter Saal. Die Abgeordneten sind fast vollständig erschienen, die auswärtigen Diplomaten füllen ihre Loge, das dichtgedrängte Tribünenpublikum ist in voller Erwartung. Also ganz die Anzeichen eines großen Tages, wie er auch wohl erwartet werden kann, wenn eine neue Regierung ihre erste programmatische Erklärung im Parlament abgibt. Und dennoch bleibt der Eindruck dieser doch eigentlich bedeutungsvollen Aktion mäßig. Trotz der vollständig am Regierungstisch versammelten Schar neuer Reichsminister konnte man sich während der Rede des Reichskanzlers Dr. Luther kaum der Befürchtung entziehen, daß die Amtszeit des Kabinetts der Mitte nur eine beschränkte sein werde. Vor schon die Rede des Kanzlers an sich keine besonderen Höhepunkte, so wurde sie auch von Dr. Luther in sichtlich reservierter und geschäftsmäßiger Weise vorgetragen. Lediglich beim Schluß, als er die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Parteien und aller Volksteile für den Wiederaufstieg des Deutschen Reiches forderte, erhob sich die Stimme zu wärmeren Tönen. Schon von Anfang an setzte der Widerspruch aus dem Hause ein und begleitete fast ohne Unterbrechung die Ausführungen des Reichskanzlers, bald von links aus den Kommunistenbänken, bald von rechts bei Völkischen und Deutschnationalen ertönend. Mehrere Male mußte Präsident Lohne wegen zugespielter Jurste, die besonders bei Erwähnung der geplanten Wahlreform, der Fürstenabfindung und der Locarno-Verträge ertönen, eingreifen. Die Worte über die Preissteigerung entzettelten links stürmische Gelächter. Die kommunistischen Abgeordneten Höllein, Thälmann und Hädel wurden zur Ordnung gerufen.

Aber das hellste Licht auf die verworrene Lage gab wohl eine zum Schluß vorgenommene Abstimmung, die sich eigentlich als die erste Niederlage der neuen Regierung darstellte. Es war geplant, Mittwoch die Auseinandersetzung über die Kanzlererklärung zu beginnen. Abg. Schulz-Bromberg von den Deutschnationalen beantragte, mit der Besprechung gleichzeitig die Diskussion zur Frage des Eintritts in den Völkerbund zu verbinden. Eine solche Verbindung liegt aber gegenwärtig nicht im Plane der Regierung, was bei den Parteien durchaus bekannt ist. Trotzdem erhob sich eine Mehrheit, bestehend aus Deutschnationalen, Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten, für den Antrag Schulz. Die Regierungsparteien blieben in der Minderheit. Damit ist die ganze Situation gekennzeichnet. Man kann mancherlei Überraschungen in der nächsten Zeit erwarten.

Sitzungsbericht.

(148. Sitzung.) OB. Berlin, 26. Januar.
Am Regierungstische sitzen bei Eröffnung der Sitzung Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Kull, Finanzminister Dr. Reichhold, Wehrminister Dr. Gessler, Arbeitsminister Braun, Wirtschaftminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Krohne, Postminister Stinagel, Ernährungsminister Dr. Haselnde, Justizminister Marx. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Als Reichskanzler Dr. Luther sich zum Rednerpult begibt, begrüßen ihn die Kommunisten mit dem Ruf: „Der Kanzler mit der eisernen Stirn.“ Auch vernimmt man die Worte: „Gessler voraus!“

Dr. Luther:

Die jetzt dem Reichstage vorgestellte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrage des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Verläufe zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition mißlungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur mehr von einer Minderheit des Reichstags getragene Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich dem hohen Hause eine Reichsregierung vorkommen ließ, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung lebenden Parteien nachgesucht, die in staatsbedingender Gefinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem hohen Hause vorzustellen beabsichtige, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von großem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

In der Außenpolitik

Ich der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich

in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt juristisch getretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entschließung des Reichstags vom 27. November 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zugunsten des

befreiten Gebietes.

Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes zu eingehender Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Er erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei die Einzelfragen der Außenpolitik im hohen Hause zu erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubringen. Weiterhin möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zur Zeit im Mittelpunkt der Erörterung steht. Das ist die Frage der Besatzungsmacht in der zweiten und dritten Zone. Darüber hat die dem hohen Hause bekannte Note der Vorkommission vom 14. November 1925 vorgelesen, daß eine vollständige Ermächtigung der Truppenleiter eintrifft, und zwar so, daß die künftige Besatzungsmacht sich den Normalisierungen nähert. Der Begriff der Normalisierung kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzpflicht in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtl. deutschen Forderung vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage.

Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen

sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben finden auch der größten Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Übermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtlage wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschränkung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den

Abbau wirtschaftshemmender und damit preisversteuernder Steuern

weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Abweichungen durch Zuschläge abgelöst werden; dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Doch ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und keinerlei Einabspalten in instatorische Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich. Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die

Behebung der Wirtschaft

ist natürlich sehr eng umgrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbstätigenförderung nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschränkung die bäuerliche und Arbeiterbedingung in den volkswirtschaftlichen Taten des Ostens fördern. Die allgemeinen Zielsetzungen des Wohnungsbauers sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Übersteuerung des Baues zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschlaffter langfristiger Hypothekendarlehen.

Was die Innenpolitik betrifft.

so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungsbeurteilung zu Präzedenzfall und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der

Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung bedient sich einer Verbesserung unserer Bildungsziele und ist ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit

früheren regierenden fürstlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Linderung des Volkswirtschaftlichen eriparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken, um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufende Arbeit handelt, muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindest-

maß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparsamkeit, der seine Wurzel im härtesten patriotischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine

Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß.

Ihre Überwindung ist dringendste Aufgabe der Gegenwart, es bedarf dazu der Ausdehnung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanz-, wirtschafts- und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erhaltung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitestgehend zu lindern. Aberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigeren Kredit. Die Reichsregierung wendet dabei besonders auch an die

Landwirtschaft.

deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Rentendankkreditanstalt ein beträchtlicher Wohlkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Kredit allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier genau wie in den anderen Wirtschaftskrisen ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und, soweit irgend möglich, Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist. Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer

Steigerung der Ausfuhr.

Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzusetzen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befreiung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenverkehrs auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schließung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Höhe, die im Ausland vielfach geiten, müssen die deutschen Zölle

bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzubringen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Anstrengung, eine Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch angemessene zwischenstaatliche Abmachungen zu bewirken, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergangener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen, sehr schädlich geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung. Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete

Dreisensenkungsaktion

mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Beseitigung der Wirtschaftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Übersteuerung befreien, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Ausmaß gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiterarbeiten; es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gang befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbstätigen erneut zu erörtern. Der unverrückbare Zweck der Preisentlastungsmaßnahmen neben der Befreiung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen. In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein

Arbeiterentschließung

einbringen, daß die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammengefaßt und die Arbeitszeit neu geregelt wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen anrecht. Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeitserrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurecht dem Reichspräsidenten vorgelegte Arbeitserrechtsgesetz weiter vorlegen wird. Die rechtliche Regelung der Erwerbstätigenförderung ist angesichts der großen Zahl der Erwerbstätigen mit Beschrän-

gang zu erreichen. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Bezahlung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Bauarbeiten an die Kommunen und anderen Verbände wesentlich erleichtert worden; auch hier ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Sore besonders Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Kosten der Kurzarbeiter unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befreit werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosennot bleiben dabei immer solche, die der deutschen Wirtschaft den Antrieb zu innerlich gesunder Arbeit geben. Auch um dieses Ziel willen muß die deutsche Gesamtpolitik auf die Herstellung und Festigung eines wirtschaftlichen europäischen und Weltfriedens eingeleitet sein. Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgabe umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist, und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich bestreben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je eifriger und anfruchtbarer alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, desto eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und der Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Aus der Mitte wird der Schluß der Ranzlerrede mit Bravour begleitet, von rechts und links ertönt Lächeln.

Die Lage unserer Landwirtschaft.

Zur Eröffnung der „Grünen Woche 1926“ in Dresden hielt am Montag vormittag der Präsident der Landwirtschaftskammer Rittergutsbesitzer Bogelhang, Ebersbach,

eine Begrüßungsrede, in der er die Lage unserer Landwirtschaft etwa folgendermaßen darlegte:

Wir vergessen immer wieder, daß die katastrophale Lage unserer Landwirtschaft als eine Folgeerscheinung des verlorenen Krieges zu betrachten ist. Sie ist zurückzuführen auf das Diktat von Versailles und auf die großen Belastungen, die das Dawes-Gutachten indirekt auch der Landwirtschaft auferlegt. So lange wir mit unserer Außenpolitik diesen schwerwiegenden Aufgaben nicht in höherem Maße Rechnung tragen als bisher, werden wir mit inneren Maßnahmen günstigenfalls Symptome beseitigen, ohne dem Uebel wirklich auf den Grund gehen zu können. So ist auch das bisherige Kreditwesen vergleichbar mit einer Marottik, mit der wir zwar wirtschaftliche Kopfschmerzen beseitigen können, das aber bei häufiger Anwendung unbedingt eine Erschlaffung des Verzehrs, ein verstärktes Auftreten des Lebens, und schließlich eine Zerrüttung des ganzen Organismus zur Folge haben muß. Die Kredite, die man uns bisher bewilligt hat, sind wie Strohhalm, nach denen der Ertrinkende greift. Wenn es nicht gelingt, durch

Verobliegenheit der Zinsätze und Verlängerung der Fristen Rettungsgerät daraus zu machen, dann ist es besser, wir folgen dem Räte des Pommerischen und Brandenburgischen Landtages, der seinen Mitgliedern empfiehlt, nur gegen bar zu kaufen. Das Wechselwesen oder besser Wechselumwesen muß unbedingt wieder heraus aus der Landwirtschaft, denn es bleibt ihr etwas Befremdendes, und wenn Reichsbankpräsident Dr. Schacht uns auch für rückständige Bauten hält, so ist uns wichtiger als dieser Vorwurf die Mahnung unserer Eltern:

„Stille auch vor Wechselschulden.“

Lieber wollen wir wieder zu den früheren Gepflogenheiten zurückkehren und den Sad Däuger nicht eher laufen, bevor wir das Geld dazu nicht in der Tasche haben.

Die wichtigste und größte Sorge ist zurzeit unsere Einzelbetriebe erst einmal wieder rentabel zu gestalten, denn ein Kredit hat nur dann Sinn, wenn das Geschäft vorwärts geht. Rentabel wird unser Wirtschaftsbetrieb erst dann, wenn wir nicht mehr nötig haben, für die steuerlichen Aufwendungen in Reich, Staat und Gemeinde die Substanz in Angriff zu nehmen. Mit einem balancierenden Staatshaushaltplan allein ist uns noch nicht geholfen; so lange die Ausbringung der Aktivposten gleichbedeutend ist mit dem Tode der Wirtschaft, kann er dem Staat nur zum Unheil gereichen. Die Regierung aber möge endlich erkennen, daß sie sozialpolitische und ähnliche Aufgaben nur in dem Umfange ausführen kann, in dem die Lebensfähigkeit der Wirtschaft es gestattet. Wir aber fragen uns, wie lange will die Regierung noch tatenlos zusehen, wenn ein Unternehmen nach dem anderen die Pforten schließt und die Zahl der Arbeitslosen ins Ungeheure steigt. Auch die Landwirtschaft, die es bisher als eine Ehrenpflicht betrachtete, auch den Winter hindurch ihre Leute zu beschäftigen, sieht sich gezwungen, Entlassungen in größerem Umfange vorzunehmen.

Eine große Zahl von Gütern ist verkäuflich, eine Zerbietung folgt der anderen, und wenn wir noch lange so weiter wirtschaften, dann wird es zuletzt nur noch Staatsbeamte und Arbeitslose geben.

Glaubt die Reichsregierung denn wirklich an einen Erfolg ihres Reingangsprojektes? Glaubt sie wirklich, daß durch die rüchichtslose Kreditentziehung nur die überflüssigen Elemente aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden? In der Landwirtschaft müssen wir leider die betrübliche Feststellung machen, daß es gerade die intensiven und bestgeleiteten Betriebe sind, die am Ende ihrer Kraft angekommen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch vor Augen sehen.

Die Verabschiedung der Zollvorlage hat der Landwirtschaft eine bittere Enttäuschung gebracht, denn an Stelle der erhofften Preisbefreiung für unsere Erzeugnisse, erleben wir nun schon seit Monaten, daß wir den für unsere Volksgesundheit so bedeutungsvollen deutschen Roggen verschleudern und dafür, dem verweichlichten Geschmaus unserer Bevölkerung Rechnung tragend, in Millionen von Zentnern,

im Werte von 150 Millionen Reichsmark amerikanisches Weizenmehl einführen.

Wir erkennen scheinbar immer noch nicht, was es bedeutet, unsere deutsche Ernte in unverantwortlicher Weise zu verwirtschaften und damit die letzte Lebensmöglichkeit und den wichtigsten Trumpf aus der Hand zu geben. Nur die Rentabilität der Wirtschaft führt zu einer Steigerung der Produktion. Die so oft erörterte Frage, ob wir extensiv oder intensiv wirtschaften sollen, wird gegenstandslos durch die wichtigste Sorge, rentabel zu wirtschaften! Wenn Graf Ranth vor kurzem darauf hinwies, daß wir im Vorjahre zwei Millionen Tonnen Brotgetreide mehr eingeführt, in diesem Jahre zweieinhalb Millionen Tonnen mehr geerntet haben, so bedeutet das einen neuen Beweis dafür, daß wir durchaus

in der Lage sind, unter deutschem Vorkauf eigener Ernte zu ernähren. Es kann unmöglich zu einer Befreiung unserer Innenwirtschaft kommen, wenn die deutsche Landwirtschaft als Käufer von Industriegeräten und Düngemitteln ausschleibt. Und so erheben wir auch heute unsere warnende Stimme, die Regierung möge nichts unterlassen, was dazu angetan ist, unsere Wirtschaftsbetriebe zur Gefährdung zu bringen. Das Streben unserer Landwirtschaft muß sein,

an Stelle des im Vorjahre geschaffenen sogenannten Zolltarifs einen wirklich lädenden Tarif zu erhalten,

der in der Lage ist, die den einzelnen landwirtschaftlichen Betriebszweigen eigenen Mängel und Schädigungen zu beseitigen, und der eine gleichmäßige Behandlung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktion deutlich erkennen läßt.

Die Reichsregierung hat alle Veranlassung, ihr Augenmerk auf das immer deutlich werdende Bestreben des Auslandes zu richten, sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie, die Rohstoffe im Lande zu erhalten und uns mit Fertigfabrikaten zu überschütten. Das gilt namentlich von unserer Milchzeugung, die ich aus dem großen Sorgenkomplex der Landwirtschaft herausnehmen werde, um etwas näher darauf einzugehen. Dänemark und Holland haben in Friedenszeiten in England ihr Hauptabgabegbiet gehabt. Sie sind hier aber im Laufe der letzten Jahre durch Australien, Neuseeland und Kanada verdrängt worden, so daß sie heute mehr denn je eifrig bestrebt sind, ihren Absatz auf dem deutschen Marke zu suchen. Wenn die dänische Butter im Jahre 1913 nur 4 v. H. der Gesamteinfuhr betrug, so macht sie heute 49 v. H. aus. Wenn wir bedenken, welches Ereignis eine amerikanische 100-Millionen-Anleihe darstellt, so müssen wir uns wundern, woher wir den Mut nehmen, im Jahre 1924 272,8 Millionen Mark für Butter und Käse an das Ausland zu zahlen.

Für einen Bruchteil dieser gewaltigen Summe hätten wir die für die in Frage kommenden Milchprodukte erforderlichen Rohstoffe, in Form von Kraftfuttermitteln kaufen können, um so den Veredelungsprozeß in Deutschland selbst vorzunehmen. Wenn wir uns vor Augen führen, daß wir die Nährwertigkeit in Form von frischer Milch um drei bis viermal preiswerter kaufen, als in Form von bestem Fleisch, dann wundern wir uns, daß man in Schulen, Warenhäusern, Fabriken die frische Milch fast undachtet läßt, während Schokolade und Apfelsinen die Hauptnahrung bilden. (Schluß folgt.)

Die Kampfkraft Abd-el-Krims.

80 000 Krieger unter Waffen.

Ein Artikel des „Journal de Bobais“ beschäftigt sich mit den Kraft- und Kriegsmitteln, über die Abd-el-Krim in Marokko zurzeit noch verfügt. Die Umstände, unter denen Abd-el-Krim den Kampf weiterführen wollte, seien nicht so schwierig, wie man annehmen könnte.

Nach neuesten Schätzungen verfügten die Krieger über 28 000 Gewehre, die Dschiballas über 7000 und die Gouara und ihre Nachbarkämme über 25 000. Die Aufständischen in Französisch-Marokko hätten zu gewissen Zeitpunkten 40 000 Krieger gestellt, von denen sich inzwischen allerdings 20 000 unterworfen hätten. Immerhin habe man es im ganzen doch mit ungefähr 80 000 Krieger zu tun. Der Verbrauch an Waffen und Munition sei durch die von den Krieger bei der Einnahme vorgeschobener französischer und spanischer Posten erbeuteten Bestände mehr als ergänzt worden. Übrigens lämen aus der Tangersonne wägentlich 800 bis 1000 Maultiere mit Hilfsmaterial aller Art für Abd-el-Krim an. Auch die Kasse sei noch frei und an verschiedenen Stellen sei die Möglichkeit gegeben, Waffen zu landen.

Die Krieger wären gewöhnlich in Truppen von 4000 bis 5000 Mann, höchstens 7000 Mann, eingeteilt und diese wieder in Unterabteilungen von 800 bis 1200 Mann. Sie hätten jedoch stets starke Reserven zur Verfügung gehabt, die sie, dank der guten Verbindungswege, rasch hätten einziehen können. Es fehle ihnen in Wirklichkeit lediglich an Nahrungsmitteln. Bei der Einnahme von Abir durch die Spanier hätte Abd-el-Krim sein Hauptquartier nach Targis verlegt, von wo er mit unerschütterlichem organisatorischem Geschick den Oberbefehl führe.

Lezte Meldungen

Hochverratsprozess gegen Fuldaer Kommunisten.

Leipzig. Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann ein umfangreicher Hochverratsprozess gegen den Schlosser Koed, den Schlosser Haase und weitere vier Genossen aus Fulda sowie den Maler Gronen aus Frankfurt am Main. Die Angeklagten haben sich wegen Vorbereitung des Hochverrats, Vergehen gegen das Republikstchutzgesetz und Sprengstoffverbrechen zu verantworten.

Eröffnung des 70. rheinischen Provinziallandtages.

Düsseldorf. Der 70. rheinische Provinziallandtag wurde im Ständehaus zu Düsseldorf durch eine Rede des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, als Staatskommissar eröffnet. Dr. Fuchs gedachte der Räumung der ersten Zone. Wenn auch eine Verringerung der Verhältnisse eingetreten sei, so bleibe doch noch außerordentlich viel zu wünschenswert. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzt bleibenden zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Stärke der ihr auch weiterhin auferlegten Besatzung. Dr. Fuchs gedachte dann der durch die Hochwasserkatastrophe hervorgerufenen Not und kündigte Maßnahmen an, etwaige künftige Hochwasserschäden nach bester Möglichkeit abzumildern.

Russisch-chinesisches Abkommen.

Moskau. Am 24. Januar wurden vom sowjetrussischen Generalkonsul in Münden, Krawowicki, und dem Außenkommissar der drei chinesischen Provinzen, Koo, kurzgefaßte Grundzüge eines Abkommens unterzeichnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Der Direktor der Ostchinesischen Eisenbahn, sowie alle Beamten und Arbeiter, welche von den mandchurischen Behörden anlässlich des Konfliktes wegen der Ostchinesischen Eisenbahn verhaftet wurden, werden freigelassen. Nach der Freilassung aller Verhafteten wird der normale Eisenbahnverkehr wiederhergestellt; Militärtransporte erfolgen auf Grund der bisherigen Bestimmungen, d. h. auf Kredit, welcher durch den auf die chinesische Regierung entfallenden Teil der Einnahmen der Bahn gedeckt wird; die Frage der Entschädigung für die durch Maßnahmen mandchurischer Behörden während des Konfliktes angetretenen Schäden wird gegenwärtig beraten und wird den Gegenstand eines weiteren gemeinsamen Beschlusses bilden.

Kreuzer „Berlin“ vor Buenos Aires.

Buenos Aires. Die Offiziere und Mannschaften des Kreuzers „Berlin“ wurden beim Abgang am Sonntag auf dem Wege überall vom Publikum enthusiastisch be-

grüßt. Offiziere und Mannschaften waren wahre von Stolz und Begeisterung. Der Kreuzer war am Freitag und Sonntag Nachmittag für den allgemeinen Besuch freigegeben. Alle argentinischen Zeitungen bringen, reich mit photographischen Aufnahmen, illustrierte lange Berichte über den Kreuzerbesuch.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 27. Januar 1926.

Werkblatt für den 28. Januar.

Sonnenaufgang 7⁵⁵ | Mondanfgang 4¹⁰ N.
Sonnenuntergang 4¹⁷ | Monduntergang 7¹⁰ U.

1807 Friede zu Remel. — 1808 Der Nobellist Alabert Stifter in Linz a. d. Donau gest. — 1871 Kapitulation von Paris.

Neuregelung der Erwerbslosenbeiträge. Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der neu erlassenen Verordnung über den Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reichsgebiet einheitlich zu bemessen. Von dieser Befugnis hat der Verwaltungsrat gebildete Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge in seiner Sitzung vom 25. Januar Gebrauch gemacht und den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 % des Grundlohnes festgesetzt. Davon ist 1 % des Grundlohnes als Reichsanteil an die beim Reichsamts für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Beschlüssen zugestimmt.

Sängerfahrt des Sängerbundes des Reichner Landes nach Wilsdruff. Der Sängertag des Sängerbundes des Reichner Landes fand am Sonntag im „Samborinus“ in Olsch statt. Etwa 90 Vertreter der Gesangsvereine von Reichen, Wilsdruff, Großenhain, Nieska, Lommatsch, Olsch, Strehla und Liebenwerda und der umliegenden Ortschaften waren anwesend. Man beschloß, am 6. Juni eine Sängerkaravane nach Wilsdruff zu unternehmen. Ferner wurde der Antrag des Vorstandes, ein Bundesbanner anzuschaffen, mit großer Mehrheit angenommen. Das Banner wird zum Bundesfest, welches am 18. und 19. Juni 1927 in Olsch stattfindet, geweiht werden. Ferner listete man ein Ehrenzeichen für verdiente Chor- und Vereinsleiter, welches diesen nach 25 jähriger Amtstätigkeit verliehen werden soll. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, durch den die Tagung ihren Höhepunkt erreichte, war die Wahl des ersten Vorsitzenden, die sich infolge Amtsniederlegung des bisherigen Führers, Herrn Gesterberg, Lommatsch, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde, nötig machte. Nach längerer Aussprache wählte man einstimmig den Vorsitzenden des „Liedertanz“, Olsch, Herrn Prokurist Carl Wehlem zum Bundesvorsitzenden.

Freiwilligenverein. Zu den Vereinen, die in diesen Tagen ihre Jahreskonferenz abhielten, gehört auch der Freiwilligenverein. Seine Hauptversammlung fand gestern Abend im „Löwen“ statt. Anwesend waren ungefähr 60 Mitglieder. Nach der üblichen Begrüßung — in herzlicher Weise wurden die zum ersten Male erschienenen Damen um treue Mitarbeit gebeten — und nach geschäftlichen Mitteilungen kamen der Jahres- und Kassenbericht zum Vortrag. Ersterem sei folgendes entnommen: Ein Jahr mannigfacher Sorge, von der auch der Verein nicht frei blieb, liegt hinter uns, und doch war es auch ein Jahr der Betätigung gemeinnütziger Bestimmung und opferwilligen Wesens, wovon manche Kranke und Bedürftige der Stadt Zeugnis ablegen können. Der Verein gewährte bare Beiträge, Bettwälder, Kinderwälder, Kleidungsstücke, Demden, Möglichkeit zur Behandlung in Kliniken, Mittagessen an 125 Tagen und anderes mehr. Der Verein besaß den Heimtag zweier Mitglieder im Berichtsjahre. Nach dem Kassenbericht wurden 416,75 Mark der Diakonie überwiesen. Den 957 Mark Einnahmen der Vereinstafel stehen 961,55 Mark Ausgaben gegenüber. Die verehrte Wohlthat des Vereins, Herr Emil Pinkert (Amerika) überwiegt im Berichtsjahre durch seinen Bruder, Herrn Robert Pinkert, 40 Dollar (168 Mark) im letzten Jahre zu wohlthätigen Zwecken. Angebeuer bedauert der Verein angelegentlich seiner großen Aufgaben den Ausfall der Zinsenerträge seiner namhaften Stiftungen; betragen doch früher die Zinsen allein jährlich weit mehr als 1000 Mark. — Rühmend sei auch an dieser Stelle der verdienstvollen Vorsitzenden, der Frau Oberlehrer Maria Kühn e, gedacht. Auermüßlich und in selbstloser Weise hat sie ihren schönen Beruf erfüllt, den Armen in Liebe zu dienen und die Mitglieder zu opferfreudiger Arbeit anzuspornen.

Gewerbeverein. Die diesjährige Hauptversammlung fand gestern Abend 8 Uhr im „Löwen“ statt. Der Vorsitzende, Herr Tischlermeister Peeger, konnte erfreulicherweise viele Mitglieder willkommen heißen und verband damit den Wunsch, daß der Verein auch im neuen Jahre weiter wachsen, blühen und gedeihen möchte. Ein letzter ehrender Gruß galt dem im letzten Jahre verstorbenen Ehrenmitglied Oscar Plattner, der seit 1874 dem Verein angehörte, und Arthur Bismonte. Auf die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft wegen der Transformator-Angelegenheit hat der Stadtrat geantwortet, daß er bereits von sich aus Schritte wegen Aenderung des Planes unternommen habe. Hierbei einen Erfolg ist allerdings noch nichts verlaubar worden. Der Jahresbericht wurde auf eine der nächsten Versammlungen verlegt, da der Schriftführer, Herr Otto Rost, durch Krankheit verhindert war. Den Kassenbericht erstattete Herr Kaufmann Berger. Der Einnahme von 1363,91 Mark standen 780,85 Mark Ausgaben gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 583,06 Mark vorhanden ist. Das in bekannter mustergültiger Weise geführte Rechnungswert war geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und Dank für seine Mühewaltung gesagt. Der Verein zählte am Jahresabschluss 118 Mitglieder, 10 steuerfreie und 4 Ehrenmitglieder. Einer Neuanmeldung stand eine Abmeldung gegenüber, doch soll versucht werden, den sich Abmeldenden dem Verein zu erhalten. Die anstehenden Neuwahlen nahmen sehr geraume Zeit in Anspruch, da Herr Tischlermeister Peeger die Leitung unbedingt niederlegen wollte. Seine Gründe dazu würdigte man wohl, aber als wirklich stichhaltig wurden sie nicht anerkannt. Von allen Seiten wurde ihm versichert, daß man mit seiner Führung voll zufrieden sei, daß man gar keinen Besseren finden könnte. Eine geheime Abstimmung ergab keine einstimmige Wiederwahl, die er schließlich im Interesse des Vereins schweren Herzens an ein Jahr wieder annahm. Aus dem Vorstande schied weiter der erste Schriftführer, Herr Wächtermeister Rost. Seine verdienstvolle Tätigkeit wurde durch einstimmige Wiederwahl anerkannt. Aus dem Vermögensausschuss schied der Herr Klempnermeister Plattner und Fleischermeister Reuber, die beide eine Wiederwahl endgültig ablehnten. An ihre Stelle traten die Herren Tischlermeister Arthur Bogel und Kurt Richter. Den Ausgeschiedenen wurde der Dank des Vereins für die

Kirchennachrichten.

Wilsdruff. Donnerstag den 28. Januar abends 7/8 Uhr Missionsstunde (Halle).

Wetterbericht.

Erneut Trübung bei steigenden Temperaturen (Glauchland 5 Grad Wärme), an Stärke zunehmende Winde aus südlichen Richtungen, Regenfälle.

Allgemeiner Bitterungscharakter für die nächsten Tage: Glauchland mild, bei zeitweiser starker Bewölkung Neigung zu vereinzelt Regenfällen.

Sachsen und Nachbarschaft

Beratungen des Gauoberturnwartes des 14. Turnkreises Sachsen der D. T.

Chemnitz, 25. Januar. Aus allen Teilen des Sächsischen Landes waren die turnerischen Leiter der 28 Gauen des Turnkreises, der in diesem Jahre sein 5. Kreisturnfest in Chemnitz abzuhalten gedenkt, nach hier gekommen zur ordentlichen Jahresagung.

Im Vordergrund der Erörterungen stand naturgemäß das für dieses Jahr in Chemnitz geplante Kreisturnfest und seine Durchführungsmöglichkeiten, die durch die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage breiter Volksschichten begreiflicherweise stark berührt werden. Gauvertreter Hübner-Greif beleuchtete die Lage der einschlägigen Verhältnisse nach allen Richtungen vom Chemnitzer Standpunkt aus und fand volles Verständnis und allseitige Zustimmung. Nach Angaben der verschiedenen Abgeordneten liegen die Dinge in den übrigen Gauen des Kreises gleich bedenklich. Dennoch will man die Hoffnung nicht aufgeben, diese gewaltige, für die Höherführung der turnerischen Arbeit und Ziele unentbehrlichen Heerführung doch noch unter Dach und Fach zu bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Wochen wird dafür maßgebend sein. So wurde auch trotz alledem am Sonntag früh 8 Uhr mit dem Durchführen der Festübungen begonnen und gegen 11 Uhr weiter beraten. Im Mittelpunkt des Festes soll das Turnen geschlossener Gauen stehen. Oberster Grundsatz ist und soll bleiben, die große Masse des 14. Turnkreises Sachsen auf den Plan zu bringen. Um eine gerechte Wertung vornehmen zu können, werden die Gauen in drei Gruppen gegliedert, und zwar in solche bis zu 5000, bis 9000 und über 9000 Angehörigen. Diese Gruppierung kommt auch bei der Aufstellung der Gaustaffeln in Betracht. Der Siegerverkündigung am Spätnachmittag des Festsonntages soll ein Gesamtturnen der „Alten“ vorangehen, an dem nur über fünfzigjährige Teilnehmer dürfen. Bei dem allgemeinen Turnen werden auch Jugendliche zugelassen. Neben den höchstwertigen Wettkampfsarten werden diesmal noch der deutsche Turnringkampf und das freie Ringen ausgeschrieben. Mit den Staatsbehörden sind die Verhandlungen in Bezug auf die Beförderung der Teilnehmer am Chemnitzer Turnen zu einem gewissen Abschluss gelangt. Es sind zunächst 10 Sonderzüge genehmigt worden. Bei Besserung der Wirtschaftslage werden dieselben aber bei weitem nicht ausreichen. — Unter Kreisangelegenheiten wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine Zählung aller Schneefuhrhäuser im Kreise Sachsen vorgenommen werden soll und der Kreisvolkturnausgleich wurde beauftragt, geeignete Wege zur organisatorischen Zusammenfassung vorzuschlagen.

Krummehennersdorf bei Reinsberg. (Hohes Alter.) Am benachbarten Gottschalksriedrichsgrunde vollendete der Briefträger o. V. Friedrich Ernst Köhler am 25. Januar seinen 95. Geburtstag.

Röschendorf. (Großer Pelzdiebstahl.) In vergangener Nacht ist im hiesigen Pelzhaus Kupfer und Sohn mittels Einbruchs eine Anzahl fertiger Pelze im Gesamtwerte von 8000 Mark gestohlen worden.

Großröderwalde. (Fabrikbrand.) In der Nacht zum Sonnabend entzündete während der Nachschicht in der Strumpfweberei Kart Keinert durch Selbstentzündung eines Motors ein Brand, der sich durch Uebergreifen auf offenes Öl schnell ausbreitete und die ganze Belegschaft zur Flucht zwang. Da man im ganzen Fabrikgrundstück keinen Handfeuerlöschapparat besaß, konnte zur Eindämmung des Feuers lange Zeit nichts unternommen werden, bis die Ortsfeuerwehr eintraf. Bei der Räumung und dem Wassermangel konnte aber auch diese nicht verhindern, daß der ganze Abreitsraum samt Maschinen, sowie die darüberliegende Wohnung ausbrannte und die Dede einstürzte. Der Schaden ist sehr groß, besonders sind die fertigen und halbfertigen Strumpfwaren verbrannt.

Chemnitz. (Wöchentlich 75000 Mark Defizit bei der Chemnitzer Ortskrankenkasse.) In einer außerordentlichen Ausschuss-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Chemnitz wurde mitgeteilt, daß die Kasse infolge der großen Erwerbslosigkeit eine außergewöhnliche hohe Krankenziffer zu verzeichnen habe. Die wöchentlichen Ausgaben der Kasse betragen gegenwärtig etwa 225 000 Mark, denen aber nur eine Einnahme von 150 000 Mark gegenübersteht, so daß sich ein Defizit von rund 75 000 Mark pro Woche ergebe. Es wurde daher beschlossen, die Beiträge von 6 auf 7 1/2 des Grundlohnes zu erhöhen und die Leistungen der Kasse herabzusetzen.

Chemnitz. (Ein Opfer seiner Schwerehörigkeit.) Der Anwalt Bierig ist beim Uebersteigen der Straße von einem Lastgelchirr, das er infolge seiner Schwerehörigkeit nicht bemerkte, überfahren und so schwer verletzt worden, daß er darauf verstarb.

Bärenstein. (Verhaftung.) Unter dem Verdacht, sein Wohnhaus, das am Sonntag vollständig niederbrannte, selbst angezündet zu haben, ist der Knopfmacher Richard Reinhold verhaftet worden.

Aue. (Kampf mit dem Federhalter.) Bei einem zunächst harmlosen Streit zwischen zwei größeren Schuljungen stieß der eine Junge mit dem Federhalter so unglücklich nach seinem Gegner, daß diesem der Federhalter ziemlich tief zwischen Augapfel und Nasenwurzel in die Augenhöhle eindrang und dort abbrach. Nierstliche Kunst konnte das Stück Federhalter ohne Gefahr für das Auge wieder entfernen.

Johnsdorf i. E. (Prämien für Freimachung von Wohnungen.) Hat unsere Gemeinde wegen der großen Wohnungsnot eingeführt. Es wurden für eine Zweizimmerwohnung 600 Mark, für eine Dreizimmerwohnung 800 Mark und für eine Vierzimmerwohnung 1000 Mark gezahlt.

Bodenbach. (Raupenregen.) Mit dem letzten Schneefall kamen in der Gegend um Bebschan bei Töplitz i. V. ungeheure Mengen kleiner Raupen lebend zur Erde. Dieser Raupenregen hatte etwa eine Breite von 200 Meter. Einige Raupen waren bis zwei Zentimeter lang und farnschwarz. Alle fielen zusammengerollt herab, trocken im Schnee umher und kamen dort um. Es sei daran erinnert, daß auch im vorigen Winter etwa in gleicher Zeit im nordböhmischen Grenzgebiete ein solcher merkwürdiger Raupenregen fiel, der nicht ganz aufgeklärt wurde.

Rundfunkspielplan der mitteldeutschen Sender Leipzig und Dresden.

Donnerstag den 28. Januar:

Wirtschaftsrundfunk. 10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnotizen: Woll- und Baumwollpreise, amerikanische Metallmeldungen des Vorabends; 3,30 Uhr nachm.: Wirtschaftsnotizen: Weizen, Baumwolle, Landwirtschaft Berliner Metalle amisch und Del-Nohj; 4,45—5 Uhr nachm.: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus; 6 Uhr nachm.: Wirtschaftsnotizen: Weberholung von 3,30 Uhr nachm.; 6,15 Uhr abends: Wirtschaftsnotizen: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amisch und Landwirtschaft; 6,20—6,30 und 6,45—7 Uhr abends: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr vorm.: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes; 10,15 Uhr vorm.: Was die Zeitung bringt; 11,45 Uhr vorm.: Wetterdienst und Wettervorhersage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar; 12 Uhr mittags: Mittagsspiel auf der Puppel-Phonola; 12,55 Uhr nachm.: Jüngerer Zeitzeichen; 1,15 Uhr nachm.: Presse- und Börsenberichte; 4—4,45 und 5—5,30 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Leitung: Hilmar Weber. 6,30—6,45 Uhr abends: Steuerrundfunk. 7—7,30 Uhr abends: Vortrag Oberstudiendirektor Dr. Prüfer: „Größe: Laßt uns in unseren Kindern leben.“ 7,30—8 Uhr abends: Balladen und Grotesken. Gesprochen von Ludwig Hardt. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportdienst. Darauf Tanzmusik bis 11,30 Uhr abends, ausgeführt vom Leipziger Rundfunkorchester.

Börse - Handel - Wirtschaft

Ämtliche Berliner Notierungen vom 26. Januar.

*** Börsenbericht.** Im Mittelpunkt des Interesses stand der Schiffsfahrtsmarkt, auf dem die Kurse sehr anziehen; einzelne Werte konnten Kursgewinne bis zu 10% verzeichnen. Im Hinblick darauf lag auch der Rentenmarkt fest, während die übrigen Märkte eher zur Schwäche neigten. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert, tägliches Geld 6—8%, monatliches Geld 8—9%.

*** Devisenbörsen.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39—20,45; holl. Gulden 168,44—168,86; Franz. 80,90 bis 81,10; spanj. Franc 15,52—15,56; belg. 19,06—19,10; Schweiz. 80,92—81,12; Italien 16,90—16,94; Schwed. Krone 112,31—112,59; dän. 104,07—104,33; norweg. 85,54 bis 85,76; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,06 bis 59,20; poln. Zloty (nichtamtlich) 57,25—57,55.

*** Produktbörsen.** Infolge des in Berlin stattfindenden Saatensammlers war der Verkehr an der Börse nur schwach. Von Amerika lagen etwas festere Schlussberichte vor und auch Liverpooler Anfangsnotierungen lauteten ein wenig fester. Die weitere Abschwächung in den La-Plata-Regionen für Barunweizen, die neue deutsche Exportverläufe zu unterbinden droht, lassen für Weizen keine Besserung auskommen. Roggen dagegen lag fest. Die weiteren Bestrebungen zur Belebung des Roggenverbrauchs erwidern vielfach für Roggen wie für Weizenmehl wachsende Frage, die nur zu höheren Preisen befriedigt werden konnte. Für Gerste hat sich die Geschäftslage wenig gebessert. Hafer ist in Saatware stark angeboten und hatte sehr schwierigen Abzug, auch sonst blieb das Geschäft still. Im Weizenhandel zeigte sich, wie oben erwähnt, Begehrt für Roggenmehl, dessen Preise etwas anzogen. Weizenmehl blieb bei mäßiger Frage still, ebenso Futterartikel.

*** Butter.** 1. Qualität 1,72 Mark, 2. Qualität 1,57 Mark abfallende Qualität 1,37 Mark für ein Pfund.

*** Getreide- und Strohnotierungen.** Der Berliner Saatensammler war erheblich schwächer befaßt als die gleichartigen Veranlassungen der letzten Jahre. Nicht nur die Käufer waren in erheblich schwächerer Anzahl erschienen, auch die Zahl der Eigenen war bei weitem nicht so groß wie früher. Das Geschäft selbst zeigte sehr schleppend ein und fand auch in den späteren Stunden nur eine sehr spärliche Belebung. Es herrschte geringe Kauflust und man geht in der Annahme nicht fehl, daß die meisten Interessenten in der Hauptsache nur zu Orientierungszwecken nach Berlin gekommen sind. Das größte Interesse zeigte sich noch für Roggen, der einige Umsätze zu verzeichnen hatte. Die Preise waren gut behauptet, für spätere Sichten zum Teil anziehend. Auch Weizen konnte seine Preisstärke behaupten. Alle übrigen börsenmäßig notierten Artikel wurden zu den Reputationsnotierungen angeboten, ohne daß sich irgendwelche Geschäftslage zeigte. Die Preise für Samereien stellten sich für 90 Kilo: für Weizen auf 75—115, für Weizen auf 70—125 für Gelbblee auf 25—35, für Schwedentee auf 70—105, für Tennentee auf 65—75, für Luzerne auf 80—95, für Raugröße auf 28—35, für Timothy auf 30—45, für Rudweizen (braun und grau) auf 12—14 und für Munkelrübenjamen auf 38—44 Mark.

*** Vor einem Verkauf der Sinnes-Flotte?** Die veräußert werden wegen des Verkaufs der Sinnes-Flotte nach verschiedenen Richtungen sehr ausläuferreiche Verhandlungen, die voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen zum Abschluß führen werden. Es handelt sich um mehrere inländische und zwei ausländische Regattanten.

*** Der Postkreditverkehr 1925.** Im Kalenderjahr 1925 ist die Zahl der Postkreditnoten bei den 19 Postkreditämtern des Deutschen Reiches von 809 000 (Ende 1924) auf 857 000 Kronen, also um 48 000, gestiegen. Der Umsatz betrug rund 111 000 Millionen Mark (1924: 79 000 Millionen Mark) in 526 409 Millionen Buchungen. Von dem Umsatz wurden 87 000 Millionen Mark (1924: 62 000 Millionen Mark) oder 79% bargeldlos abgewickelt. Das Guthaben der Postkreditnoten hat infolge der allgemeinen Geldknappheit nicht zugenommen; es betrug im Jahresdurchschnitt 572 Millionen Mark gegen 575 Millionen Mark Ende 1924.

Berliner Produktenbörse von heute, dem 27. Januar 1926

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Weizen 24,20—24,80; Roggen 14,70—15,60; Sommergerste 17,20—20,10; Wintergerste 14,20—16,00; Hafer 15,70 bis 16,80; Weizenmehl 32,50—35,50; Roggenmehl 23,50—24,50; Weizenkleie 11,25—11,50; Roggenkleie 9,60—10,10; Raps 34.
Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Pöhlitz, für Anzeigen und Reklamen: A. Kömter.
Druck und Verlag: Arthur Schünke, (amtlich in Wilsdruff).

geleitete Arbeit ausgeübt. Das Stiftungsfest soll am 18. März im „Löwen“ gefeiert werden. Vorläufig wurde ein Vortragabend mit Ball vorgesehen, doch wird die entgültige Ausgestaltung in die Hände des Vergnügungsausschusses gelegt. Unter verschiedenen wurde ein Schreiben des Stadtrates beantragt, das die einschlägigen Geschäfte zur Beschädigung der Gartenausstellung in Dresden auffordert. Etwas Interessanter schien sich mit Herrn Stadtrat Quany in Verbindung setzen. Im Vortrag kam weiter die Zusammenfassung des Kranken-Vorstandes und -Ausschusses und anschließend wurde aus der Mitte der Versammelten gegen die hohen Beiträge, gegen die Aufhäufungspolitik und die Vergebung der Tischlerarbeiten des Krankenhauses-Neubaus an den Mindestfordernden nach Reichen gesprochen. Auch auf die Wichtigkeit der morgigen Stadtverordnetenversammlung wurde hingewiesen und bedeutet, daß eine eventuelle Annahme verschiedener Punkte eine neue schwere Finanzbelastung mit sich bringen müßte, wo überall und dringender als je die Lösung „Aparen“ ausgegeben werde. Mit Dankworten schloß der Vorsitzende nach 11 Uhr die Versammlung.

30 Jahre Feuerwehmann. Am heutigen 27. Januar vollendet Herr Gastwirt Paul P. ä h o 18 eine Dienstzeit von 30 Jahren bei der Freiwilligen Feuerwehr zu Wilsdruff. In leitender Treue hat er der Wehr vorbildlich gedient, daß ihm der Dank der Bevölkerung in Stadt und Land gewiß ist.

Eine eigenartige Himmelercheinung konnte gestern abend gegen 8 Uhr hier beobachtet werden. Tiefrote Wolkengebilde zogen von Westen nach Osten über unsere Gegend. Man schloß zunächst auf den Wiberstein eines großen Schadenfeuers, doch stand dem die besonders leuchtende Farbe entgegen, zudem die Wolken auch bei der späteren Zerteilung nichts davon einbüßten.

Kraftpostverkehr von Dresden—Wilsdruff—Schmiedewalde und jurüd. Donnerstag den 28. Januar nach Burghardswalde bei Miltitz-Roßhagen über Wilsdruff, Limbach, Schmiedewalde, 4 Uhr nachmittags ab Kaiserlaffe, Hauptbahnhof. Rückfahrt Sonnabend 1/8 Uhr früh ab Burghardswalde, 7⁰⁰ ab Schmiedewalde, 8 Uhr ab Limbach, 8⁰⁰ ab Wilsdruff. Postvorstellungen Hauptpostamt, Briefausgabe, Schalter 22, Fernsprecher 12052; im übrigen Fahrplan beim Wagenführer.

Kraftpostverkehr von Dresden nach Wilsdruff—Kriegis und jurüd. Donnerstag den 28. Januar nach Kriegis über Wilsdruff, Sorau, Allenorf, Tauenheim, Pilsowitz, Roßhagen. 1/4 Uhr nachmittags ab Kaiserlaffe Hauptbahnhof. Rückfahrt Sonnabend 1/8 Uhr vormittags ab Kriegis, 7⁰⁰ ab Roßhagen, 8⁰⁰ ab Pilsowitz, 8⁰⁰ ab Tauenheim, 8⁰⁰ ab Allenorf, 8⁰⁰ ab Sorau, 8⁰⁰ ab Wilsdruff (Markt). Postvorstellungen Hauptpostamt, Briefausgabe, Schalter 22, Fernsprecher 12052; im übrigen Fahrplan beim Wagenführer.

Vom öffentlichen Arbeitsnachweis Reichen und Umgegend wird uns über die Arbeitsmarktlage im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises Reichen und Umgegend in der Woche vom 18. bis 23. Januar 1926 geschrieben: In der Berichtwoche war ein Niedergang in der keramischen Industrie zu beobachten, indem umfangreiche Räumigungen von Hilfsarbeitern ausgesprochen wurden. Für die Töpfer trat Kurzarbeit ein. Als Ausleger meldeten sich über 120 Porzellanarbeiter. Durch die in der letzten Woche erneut eingetretene Kälte war starker Zugang aus dem Dautowitzer zu verzeichnen; dasselbe war bei den Schiffern der Buchtindustrie wieder eingetreten. Die Ausleiter der Stadt Reichen wurde an 1020 Personen Erwerbslosenunterstützung gezahlt, in der Vorwoche an 988 Erwerbslose. Im übrigen Bezirk erhielten 1977 Unterstüßung, dagegen in der Vorwoche 1816. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in der Stadt Reichen betrug 1277 gegenüber 1177 in der letzten Woche. Im übrigen Bezirk betrug sie 2254 gegenüber 2172 in der Vorwoche. In den Häusern der Unterstüßungsempfänger sind die Ausleiter mit entbalten.

Keine Einschränkung am Volkstrauertag. Vom Landesverband der Saal- und Konzertlokalinhaber Sachsens wird uns geschrieben: Die Frage eines gesetzlichen Volkstrauertages hat den oben bezeichneten Verband veranlaßt, in Berlin im Reichsministerium durch die Epochenorganisation anzufragen. Von dort erfahren wir, daß im Reichsministerium, ebenso auch im preussischen Ministerium nichts bekannt ist, daß dieser Trauertag (28. Februar) als ein gesetzlicher Feiertag, etwa wie der Totensonntag, festgelegt sei. Auch der Volksbund Deutscher Kriegsgriberfürsorge, E. V., der die Veranlassung zur Feier für den Volkstrauertag angeregt hat, gibt in seinem Mitteilungsblatt bekannt, daß der 28. Februar als Volkstrauertag nur so gefeiert werden soll, wie im vergangenen Jahre. Nach dieser Auskunft steht also fest, daß Einschränkungen, wie sie der Totensonntag für das Vergnügungsgewerbe vorsieht, für den Volkstrauertag nicht in Frage kommen.

Grund-Mohorn. (Hohes Alter.) Der Kleinrentner Wilhelm Schmidt, geboren am 27. Januar 1830, blüht auf ein Leben von 96 Jahren jurüd. Der Alte ist in Tharandts weitester Umgebung der Senior der Alten. — (Verhaftung.) Der angegebliche Student Dietrich aus Dresden, der sich hier als Student der Kriminalistik eingemietet hatte beim Kornbäcker Böhm und diesem die Briefstasche mit 80 Mark stahl und verschwand, wurde am Sonntag in Braunschweig verhaftet. D. ist der Sohn eines Dresdener Maurers. — (Sung d. o.) Am Freitag wurde in Ramlitz Gastwirtschaft ein Gefolgschaftsabend abgehalten. Großmeister Oehmichen-Neutirchen leitete zunächst den Abend und gab den Nachruf des Führers der vaterländischen Verbände, General Müllers, bekannt. Die eingegangenen Weihnachtsgrüße des Ordenshochmeisters gab der Redner bekannt, wie die politische gegenwärtige Lage des Ordens. Für das Schlageter-Denkmal wurde eine Sammlung veranstaltet und nach Erörterung wichtiger Ordensfragen übernahm Dr. Krüger die weitere Leitung in der persönliche und private Fragen beleuchtet wurden. Mit dem Deutschlandlied endete der Abend.

Tauenheim. (Turnverein D. T.) Am vergangenen Sonnabend eröffnete der Vorsitzende des Turnvereins für Tauenheim und Umgegend, Kantor Korfz, 8,15 Uhr die diesjährige Jahreshauptversammlung, indem er einen ausführlichen Jahresbericht über die Abhaltungen des Vereins gab. Der Verein hat für 300 Mark Neuanstellungen gemacht. Der Kassenbericht weist einen Kassenbestand von 89 Mark auf, die Folge einer gut gelungenen Warenlotterie. Die Vorstandsmitglieder werden wieder gewählt. Den verstorbenen Vorturner Kurt Beyrich ehrt man durch Erheben von den Plätzen. Der Verein genehmigt die Gründung einer Turnerinnen-Abteilung. Den Vorturner hat der Turnverein 1846 Reichen zugewagt. Zur Beteiligung am Kreisturnfest in Chemnitz wird aufgefordert. Im April findet voraussichtlich ein Werbeabend statt. Mit einem „Gut Veil“ endigt die Versammlung gegen 10 Uhr.

Vereinskalender.

Sängerkreis, Sonnabend den 30. Januar: Hauptversammlung im „Abler“.
Umgebender Orden Wilsdruff, 31. Januar abends 7 Uhr im „Abler“ Meisterkapitel und Brudersabend.

Dresdner Kurie vom 26. Januar 1926.

In Reichsmark-Prozenten			(Ohne Gewähr)			Bank-, Transport- und Vaugetiellchafts-Aktien.				Papier-, Papierfabr. und Photogr.-Artikel-Wkt.							
Festverzinsliche Werte.						heute		vorher		heute		vorher		heute		vorher	
3 Reichsanl. m	0,32	0,34	4 Chemn. m . . .	—	—	Alig. De. Cred.-A.	85,75	85,75	Dresdn. Fdls.-St.	108,25	100,25	Ernemann	41,75	40,5	Thobe-Aktien	0,2	0,2
3 1/2 do. m	0,28	0,25	3 1/2 Blauen m	3,0	3,0	Bank f. Brauind.	92,0	92,0	Sächsische Bank	121,5	120,75	Tea	78,0	76,0	Lingerc & Hoffmann	—	—
4 do. m	0,2625	0,26	4 Dres. Gdr.-Pfdb.	5,65	5,85	Com.-u. Privatbl.	101,0	101,0	D. Gd.-Betr.-Ges.	—	—	Heidenauer Pap.	26,0	25,5	Ber. Baugner	42,0	42,0
5 Kriegsanl. m	0,24	0,24	4 do. abgeft.	2,9	2,9	Darlehndr. Bank	115,0	116,0	S.-B. Dampfsh.	—	—	Wimoja	104,5	103,0	Ber. Strohhof	158,0	158,0
do. Zwangsanl.	—	—	4 do. Gdrbr.	5,19	5,2	Deutsche Bank	116,0	116,0	Ag. Eisenh.-Ges.	40,0	41,0	Berliner Patent	60,0	59,0			
4 1/2 Pari-Schäpe	0,20	0,21	4 Sächs. So.-Kr. Br.	3,25	3,25	Dresdner Bank	112,0	112,5	Baubl. H. Dresd.	61,0	65,0						
4 Schuggeb.	6,0	5,7	4 do. Krdbr.	0,2	0,2												
Spar-Präm.-Anl.	0,18	0,18	3 Rdm. Pfdb. m	11,6	10,75												
3 Sächs. Rente m	0,24	0,285	3 1/2 do. m	11,1	10,7												
			4 do. m	—	—												
Sächs. Anl. 52/68	0,29	0,29	3 Rdm. Krdbr. m	5,75	5,75												
3 1/2 Landesluf. m	8,5	8,5	3 1/2 do. m	5,0	5,0												
4 do. m	—	—	4 do. m	—	—												
3 Preuß. Konj. m	0,265	0,265	3 Kauf. Pfdb. m	6,91	6,87												
3 1/2 do. m	0,265	0,265	3 1/2 do. Krdbr. m	3,9	3,9												
4 do. m	0,2625	0,26	4 do. Krdbr. m	3,0	3,0												
			4 do. m	—	—												
4 1/2 Dresd. 1905 m	2,0	2,0	4 versch. S. D.-R. E. 1	7,27	7,34												
4 Dresd. 1918 m	0,6	0,6	4 do. S. 12	3,55	3,55												
4 1/2 Dresd. 1920 m	0,1	—	4 do. Serie 13	0,48	0,48												
do. 1922 m	50,0	50,0	4 do. Serie 14	0,045	0,045												
4 Leipz. m.	—	—	4 do. S. 14a	0,05	0,05												
4 1/2 Leipz. m.	—	—	4 S. D.-R. Rom.-D.	—	—												

Grosser Inventur-Ausverkauf

Ueberzeugen Sie sich von dem Gebotenen, es lohnt sich, Sie finden hier die billigste Einkaufsgelegenheit des ganzen Jahres. Trotz der rücksichtslos herabgesetzten Preise gebe ich

eine Ermässigung von 20-50 Prozent



auf Damen- und Kinder-Mäntel, Kostüm-Röcke, Blusen und sämtliche Wollwaren



Auf alle anderen Artikel 10 Prozent (außer einigen Netto-Artikeln)

Damen- und Backf'sch-Mäntel moderne Facon sehr gute Stoffe, jetzt nur 33.—, 25.—, 22.—	Gabardine, reine Wolle sch. Farb., 130 cm jetzt nur 7.—, 6.—	Hemdenbarch. gestr. s. ha'fb. Qual. jetzt mtr. 1,60, 1,25, 1.—, 90 u.	Bettuch-Nessel, sehr dauerh., 156 cm 2,20, 140 cm jetzt nur
Kinder-Mäntel 15.—, 7,50	Rips, reine Wolle 130 cm, herrliche Farben jetzt nur	Hemdenbarch. gebleicht u. roh jetzt Mtr. 1,60, 1,50, 1,20 u.	Bettuch Halbleinen, 150 cm jetzt nur
Kostüm-Röcke jetzt nur 7,50, 5,50, 3,50	Neue Kleiderschollen 100 breit, nur gute wollene Qualit. Mtr. 4,50, 2,50	Hemdentuch, erprobte Qual. 80 cm 1,20, 1.—, 0,90,	Tischlucher in versch. Größen 6,90, 6.—
Blusen in Wolle, Seidetricot usw. 5,25 4,90	Eolienne-Seide 100 breit, Mtr. jetzt nur 7,50, 5,90	Nessel, 80 cm solide Ware 1,40, 0,90, 0,80,	Handlucher in reicher Auswahl, erprobte Qual. jetzt Mtr. 1,30, 0,95, 0,60
Kleider-Stoffe	Echt Lindner Kleider, sammel. m 10,50 b. Qual.	Buntes Bettzeug, rot kariert 1 Bezug m. Kiss. jetzt nur 10,30	Wischlucher, Prima Leinen und Baum- wolle, jetzt 0,60, 0,40
Halber Cheviot 85 cm br., schöne Farben jetzt nur	Anzug- u. Kostümstoffe Mtr. jetzt nur 8.—, 4,80, 3,80	Be linon, sehr haltbar 1 Bezug mit Kissen 11,20	Barchent-Bettlucher, auch extra große, jetzt 6,40, 4,75
Reinwoll. Cheviot 85 br., viele Farben jetzt nur	Velour-Barchent-Reste 2-2 1/2 m, passend für Blusen und Jacken, 3,60, 2,50 und	Stangenleinen bes. empfehlensw. Qual. 1 Bezug jetzt nur 13.—	Schlafdecken jetzt nur 3.— und
Popeline, reine Wolle neueste Farben jetzt		Beldamasi, hochedle Ware 1 Bezug mit Kissen	und noch viele andere Artikel

Emil Glathe - Wilsdruff

— Beachten Sie bitte meine Schaufenster-Angebote —

Parkschänke!
Nächsten Sonnabend
und Sonntag
Bockbierfest

Gasthof Steinbach bei Kesselsd.
Donnerstag, den 28. Januar
Karpfenschmaus
verbunden mit feiner Ballmusik
wogu freundlichst einladen Kurt Göpfert u. Frau

Flügel u. Pianos
Qualitätsware 1. Ranges
preiswert
Bequeme Teilzahlung
Urbas & Reissbauer
Fabriklager Dresden-Cotta

Die billigste Einkaufs-Gelegenheit

Ist es, wenn Ihnen die Möglichkeit geboten wird, gute, reguläre Ware zu vorteilhaftesten Preisen zu erwerben. Mein

Inventur-Ausverkauf

Ist eine derartige Kaufgelegenheit, da ausschließlich bekannt gute Lagerqualitäten zum Verkauf gelangen. Die Preisherabsetzungen sind in Modestücken ganz bedeutend, die ermäßigten Preise liegen zum Teil weit unter Einkauf.

Auf sämtl. anderen Artikel — Kurz- und Fadenwaren ausgeschlossen — **10% Rabatt** gewähre ich

Auf Mäntel, Kleider, Blusen, Röcke Anzüge — soweit diese Artikel nicht schon zurückgesetzt sind — **20% Rabatt**

Nur noch 8 Tage!

Eduard Wehner

Markt — Meissner Strasse

Gambrius-Gaststätten am Postplatz
neuzzeitliches und bestes Bier- und Speise-Restaurant
in Dresden
— Der Zeit entsprechend, äußerst mäßige Preise —
Diners zu 1,50 u. 3.— M. Abends: Stamm v. 75 Pfg. an
Donnerstags das allbekannte Schlachtfest

Einen größeren Posten ungeschliffene
Gänsefedern
das Pfund 3-5 M., hat abzugeben
Gänsefederei Köhnenbroda
Am Güterbahnhof — Fernspe her 576 —

Wie die Tinte zur Feder gehört Reklame zum Geschäft!

Die älteste Roggenschlächterei,
Speisewirtschaft, Biergeschäft im Plauenischen Grunde.
Inhaber
Kurt Sienna, Postbapp.
Tharandter Straße 25, Fernruf Amt Preital 151
Anschluss auch nachts
kauft laufend Schlachtpferde zu allerhöchsten Tagespreisen.
Bei Unplausfällen sofort Tag und Nacht mit Transportgelehrter zur Stelle.

Kleines Gut
oder altes Häuschen mit etwas Land zu pachten oder kaufen gesucht. Näh. Angebote erbeten unter
E. F. 850 an Jas
validendank Dresden

Sinnprüche.

Der Mensch, betrachte die Stunde und Zeit, An einer hängt die Ewigkeit.

Rede wenig, aber wahr; Vieles Reden bringt Gefahr.

Die schwerste Kunst, sich selbst zu hemmen, Kann man die Kunst der Künste nennen.

Die viel umstrittene Kirchensteuer 1925.

Der 2. Termin der Kirchensteuer 1925, der am 15. November 1925 fällig war, ist aus verschiedenen und gewichtigen Gründen verschoben worden auf den 1. Februar 1926.

Die Angriffe, die gegen die Kirchensteuer gerichtet wurden, schlossen vorwiegend folgende 2 Behauptungen in sich: 1) Die Kirchensteuer wirkt ungleichmäßig und ungerecht.

Die Kirchensteuer wird nämlich berechnet: a) bei Personen, die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer zu leisten haben, nach dem vierfachen Betrage der Vorauszahlung für das erste Kalendervierteljahr 1925;

b) bei Lohnsteuerpflichtigen nach den vom Reichsminister der Finanzen festgesetzten Pauschbeträgen, die als entrichtete Lohnsteuer zu gelten haben.

Es kann jedoch gleich vorweg gesagt werden, daß man dafür die Kirche gänzlich verantwortlich machen kann. Die Reichssteuerbehörde trifft insoweit eine Schuld, als sie sich nicht damit einverstanden erklärte, daß bei den Personen, die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer leisten, die oben die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer 1925 durchgeführt ist, um dann die Angleichung an das Veranlagungsergebnis vornehmen zu können.

Für die Kirchengemeinden bestand die Möglichkeit des Ausgleichs nur insoweit, als sie bei den Steuerüberforderungen durch teilweisen Erlass manche Härte beseitigen konnten. Die Kirchengemeinden werden in solchen Fällen alles getan haben, was ihnen irgend möglich gewesen ist, wenngleich durch jeden ausgesprochenen teilweisen oder ganzen Erlass ein Ausfall in den auf das Notwendigste bemessenen Steuereinnahmen herbeigeführt wurde.

Im Kampf um die Ehre.

Erzählung von A. Kentoh.

(Nachdruck verboten.)

Als er schied, um zum Manöver abzureisen, da ahnte ich es schon, daß ich ihn nie, nie mehr sehen würde.

Als der Brief hier an mich kam, zugleich mit der Nachricht von seinem jähen Tode, da traf es mich schon vorbereitet. Über als ich dann das versiegelte Päckchen endlich öffnete, das er mir durch die Ordnonanz zugesendet hatte, als mir diese unseligen Steine entgegenfielen und ich den Brief gelesen hatte mit diesem entsetzlichen Befundnis und dieser verzweifeltten Bitte: 'Hilf du mir, daß ich wieder gutmache, was noch gutzumachen ist!' lieber Himmel, da bin ich fast zusammengebrochen.

Er sollte seinen Willen haben! Im Tode noch wollte ich ihm die Treue halten! — Auch das war umsonst. Sie alle wissen nun um sein Vergehen; Fräulein Hell wird es hinausbringen in alle Welt!

„Das werde ich nicht tun!“ sagte da Elisabeths Stimme in die Pause hinein. „Wir wollen den Wunsch des Toten ehren, soweit es irgend geht, das verspreche ich Ihnen!“ Die feine, schlante Gestalt stand wie hingeweht auf der Schwelle. Heinz war eingeschlimmert, da war das Mädchen leise aufgestanden und herübergekommen.

Ein Schrei des Jubels folgte ihren Worten. Im nächsten Augenblick lag Dora Wollhart vor ihr auf den Knien und küßte inbrünstig die schmalen, weißen Mädchenhände.

Elisabeth zog sie sanft empor. Mit einer Gebärde steiften Mißleidens zog sie den dunklen Kopf an ihre Brust. Und über diesen Kopf hinweg bliete sie ernst hinüber zu dem Ehepaar, das noch immer wie versteinert auf derselben Stelle stand.

„Denken Sie sich aus, was Sie den Leuten hier im Hause, was Sie Herrn Amberg sagen, wenn er zurück-

mäßig niedrigen Steuerleistungen zu erhöhen, d. h. nach oben anzulegen.“

Alle diese Mißstände werden bei der Erhebung des 2. Termins der Kirchensteuer 1925 am 1. Februar 1926 noch bestehen. Erstmalig kann aber heute schon gesagt werden, daß der so notwendige Ausgleich von den höheren Instanzen nun endlich angeordnet worden ist, nachdem die Praxis ergeben hat, daß es einfach gar nicht anders geht.

Das Evang. luth. Landeskonsistorium hat durch Nachtrag zur Vorläufigen Kirchensteuer-Ordnung für 1925 am 30. Dezember 1925 verordnet:

1. In Fällen, in denen eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer im 1. Kalendervierteljahr 1925 nicht zu entrichten war, in denen aber eine Veranlagung zur Einkommensteuer stattfindet, ist die Kirchensteuer nach Maßgabe dieser Veranlagung auf Grund des gesamten Einkommens des Steuerpflichtigen zu einem noch bekanntzugebenden Termin zu erheben.

2. Bleibt die nach der bisherigen Regelung festgesetzte Kirchensteuer hinter dem Kirchensteuerbetrage zurück, der sich nach der Veranlagung zur Einkommensteuer 1925 auf Grund des gesamten Einkommens des Steuerpflichtigen errechnet, so ist der Unterschiedsbetrag zu dem nach Abs. 1 zu bestimmenden Termin nachzuzahlen.

3. Uebersteigt die nach der bisherigen Regelung festgesetzte Kirchensteuer den Kirchensteuerbetrage, der sich nach der Veranlagung zur Einkommensteuer 1925 auf Grund des gesamten Einkommens des Steuerpflichtigen errechnet, so ist der Mehrbetrag auf Antrag zurückzuzahlen, sobald die Veranlagung zur Einkommensteuer 1925 Rechtskraft erlangt hat.

Dieser Antrag ist innerhalb einer Ausschlussfrist von 4 Wochen zu stellen, die von einem noch bekannt zu gebenden Termin an läuft.

Könnte man diesen Weg nicht gleich am Anfang wählen? Die viel Verdrüß und Unannehmlichkeiten hätte man beim Steuergläubiger sowohl als auch bei der Masse der Steuer Schuldner sparen können.

Da aber nun, wie bereits oben erwähnt, am 1. Februar 1926 alles noch beim Alten bleiben muß, denn die neuen Bestimmungen können ja erst nach der durchgeführten Einkommensteuer-Veranlagung 1925 angewendet werden, was noch mindestens 2—3 Monate dauern dürfte, werden die Steuerpflichtigen, die offensichtlich zu hohe Steuerbeträge zahlen müssen, nur die Möglichkeit haben, teilweise Stundung nachzusuchen. In dieser Beziehung wird immer größtes Entgegenkommen der zuständigen Stellen gezeigt werden sein und noch gezeigt werden.

Aber auch die Veranlagung der Gehalts- und Lohnempfänger ist beanstandet worden und das mit Recht. Bei der Einführung dieses Teiles der Steuerpflichtigen in die Lohnsteuerpauschbeträge des Reichsministers der Finanzen haben sich erhebliche soziale Härten herausgestellt. Diese Härten werden, soweit sie nicht etwa durch Erlass beseitigt werden können oder schon beseitigt sind, leider bestehen bleiben müssen, denn die oben genannte Verordnung des evang. luth. Landeskonsistoriums vom 30. Dezember 1925 findet auf die Gehalts- und Lohnempfänger keine Anwendung.

(II) Wenn man hinsichtlich der eingangs erwähnten 2. Behauptung die Frage stellt „Ist die Kirchensteuer im allgemeinen zu hoch?“, so ist darauf mit einem entschiedenen „Nein“ zu antworten. Die Begründung zu dieser Verneinung ist nicht schwer, wenn man einen Blick auf die Geschichte des Deutschen Steuerwesens wirft.

In der Zeit vor der Umwälzung waren für die Landeskirche und Kirchengemeinden zur Deckung ihres Steuerbedarfes ergiebige Quellen vorhanden. Der Kirche wurden Anteile an den Einnahmen aus der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Grundsteuer und Besitzwechselabgabe überwiesen. Für den einzelnen Steuerpflichtigen machte sich das gänzlich fühlbar, weil diese Beträge in Form von Zuschlägen in die noch heutigen Begriffen ohnehin nicht hohen Steuern eingerechnet waren. Die Steuerpflichtigen „merkten“ also die Kirchensteuern gar nicht.

Nach der Revolution sind der Kirche diese Einnahmen durch die Reichs- und Landesgesetzgebung entzogen worden.

Das sächs. Religionssteuergesetz vom 1. Juli 1921 regelt das Steuererhebungsrecht der evang.-luth. Landeskirche und ihrer Unterverbände, der Kirchengemeinden. Von diesem Steuererhebungsrecht darf nach diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als die sonstigen Einnahmen der Kirche aus Gebühren, Pachtzinsen usw. zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen.

Die Kirchensteuern werden in Form von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer erhoben. Es kommt also nur noch eine Steuerart in Frage gegen vier in früheren Zeiten. Die Tatsache, daß die Zuschläge (also die Kirchensteuer) getrennt von der Reichseinkommensteuer verwaltet und erhoben werden, trägt mit dazu bei, daß weite Volkskreise immer wieder das Bedürfnis haben, über die Höhe der Kirchensteuer zu klagen, auch wenn es mitunter ganz ungerechtfertigt ist.

Ferner ist zu bedenken, daß die verfassungsmäßigen Staatsleistungen an die Kirche bei weitem nicht mehr in der früheren Höhe gewährt werden. Als sonstige der Kirche außer den Steuereinnahmen zur Verfügung stehende Einnahmequellen kommen in der Hauptsache wohl nur Gebühren und Pachtzinsen in Betracht. Diese Einnahmewöglichkeiten dürften überall reiflos ausgenutzt werden und — was vornehmlich die Gebühren anlangt — eine weitere Anspannung kaum mehr vertragen.

Nach den Einnahmen möchte man auch die Ausgaben nicht unerwähnt lassen. Hierbei neigt man in der Öffentlichkeit allzu gern dazu, daß man als Ausgaben, die die Kirche zu bestreiten hat, hauptsächlich nur die Gehälter der Geistlichen und kirchlichen Beamten ansieht. Mit diesem Fehler ist noch ein anderer, ebenso großer verbunden, der darin besteht, daß diese Ausgaben für Gehälter als Ursache für die „zu hohen Kirchensteuern“ bezeichnet werden.

Wer nur einigermaßen genauer darüber nachdenkt, dem wird sofort klar werden, daß die Kirche auch hohe Aufwendungen für Unterhaltung ihrer Gebäude usw. zu machen hat. In den langen Jahren der Kriegszeit und Inflation mußte vieles unterlassen werden. Jetzt drohen oft Verfall und Zerstörung, wenn nicht die schlimmsten Schäden beseitigt werden. Man denke nur einmal an die Frauenkirche in Dresden. Weiter hat auch die Kirche durch den Zusammenbruch der Währung ganz erhebliche Verluste erlitten und muß daher Steuermittel auch für Ausgaben in Anspruch nehmen, für die früher Geldeinheiten aus anderen Quellen verfügbar waren.

Mit dem heute immer und überall ertösenden Ruf nach Sparsamkeit wird man die Kirche verschonen können, denn die Kirchengemeinden und Landeskirche nehmen für sich in Anspruch, einen sparsamen Haushalt zu führen. Weiter hat man den zur Einschränkung zwingenden Verhältnissen insofern Rechnung getragen, als man die vakanten Stellen von Geistlichen in kleinen und kleinsten Pfarorien nicht wieder besetzt und von Geistlichen benachbarter Pfarorien mit verwalten läßt. Auf diesem Wege wird — soweit als möglich — noch weiter fortgefahren.

Für die Zukunft sieht zu hoffen, daß das Steuererhebungsverfahren in ruhigeren Bahnen verlaufen kann, da sich die Verhältnisse inzwischen etwas geläutert haben und sicherlich noch weiter klären dürften. Das eine ist allerdings heute schon festzustellen, daß man auf jeden Fall mit höheren Beträgen als in Vorkriegszeiten wird rechnen müssen, da — wie oben gesagt — eine Steuerquelle den Ertrag bringen muß, den früher vier erbrachten.

Gewaltige Zunahme der Erwerbslosen.

Berlin. (1 1/2 Millionen Erwerbslose.) In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1926 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1497516 auf 1762305 gestiegen. Die Steigerung beträgt 17,7%. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 1335943 auf 1550706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1821590 auf 2062958 gestiegen. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezembers 1925 hatte rund 435000, oder 40% betragen.

Dann war Hugo Reichert mit ihm nach der Villa hinausgefahren. Und nun lag vor Elisabeth der Aufgabesatzel zu jener Summe, welche ihren lieben Eltern das Heim erhalten hatte.

„Ich sandte das Geld!“ sagte Reichert fast ein wenig verlegen. „Und natürlich wollte ich es dir nie, nie sagen. Nun mußte es allerdings sein, denn damit schwindet auch die letzte Spur des unseligen Verdachtes, welchen man hier gegen dich gehegt hat. Nein, Liebbling, danke mir nicht! Was ich tat, das tat ich aus reinem Egoismus! Denn, weißt du, im Oberstadl deines Vaterhauses, da weiß ich zwei reizende Zimmer, die jetzt niemand bewohnt. Dort wollen wir hausen, du und ich, wenn uns das Treiben der Welt zu bunt wird — dort wollen wir uns immer wieder den Frieden holen!“

Er neigte sich zu der Ertrötenden und küßte sie heiß auf den Mund. Selig schlang sie die Arme um ihn.

Das Rauschen eines Kleides weckte sie aus ihren glücklichen Träumen. Als sie aufblickten, sahen sie in Frau Margots verweinte Augen. Eingehüllt in schwarze Kreppschleier, stand die schöne Frau knapp neben der Tür. Marmorweiß hob sich das bleiche Gesicht aus den schwarzen Schleierwolken.

Hugo Reichert erhob sich rasch. „Gnädige Frau, Fräulein Elisabeth Hell ist meine Braut!“ sagte er ernst mit einer leichten Berneigung. Sie sah ihn an mit Augen voll tiefer Trauer. Aber es stand kein Groll mehr darinnen. Die zehrende Leidenschaft war erloschen.

Ein paar aufklärende Worte wurden gesprochen, dann sagte Frau Margot:

„Soeben hat mich unser alter Hausarzt verlassen. Er meint, Heinz habe nun die Krise überstanden. Die große Aufregung dieser letzten Nacht, welche ihm alles Durchlebte plötzlich in Erinnerung brachte, war ein Heilmittel. Dagegen dürfte mein Mann die fürchtbare Nervenaufregung kaum überleben.“

(Schluß folgt.)

kommt. Ich besteho nur auf einem: Sie müssen erklären, daß ich mit dem Schmutz in keinerlei Verbindung stand. Alles andere kümmert mich nicht. Und ich schwöre Ihnen, daß nur ein Mensch von mir die Wahrheit erfahren wird und auch das nur, weil Sie selbst ihn durch Amberg in diese Sache hineinziehen ließen. Dieser eine Mensch ist Herr Hugo Reichert, der Maler!“

Frau Margot verhüllte ihr Gesicht. Sie konnte dem Mädchen, das so ruhig dort stand und ihnen so vieles schenkte, ihnen eine so große Schande eriparte, nicht in die Augen sehen. Zögernd schritt sie der Tür zu. Blöcklich hob sie den Kopf.

„Woher aber erhielten Ihre Eltern jene hohe Summe?“ fragte sie zaghaft.

Elisabeth Hell lächelte zuversichtlich.

„Auch das wird sich noch auflären!“ sagte sie einfach.

Herr Martin Westermann kam mit schweren Schritten heran.

„Ich danke Ihnen!“ sagte er erschüttert. „Sie retten die Reinheit meines Namens. Sie retten vielleicht auch noch meinen letzten Sohn!“

Er konnte nicht weiterprechen, ein Weintrampf schüttelte ihn.

Da zog Elisabeth die schluchzende Dora Wollhart mit sich fort, hinüber in das Zimmer, wo Heinz zum ersten Male seit langer Zeit ruhiger schlief. Sie überließen es Frau Margot, den weinenden, zu Tode erschöpften Mann zur Ruhe zu bringen.

Elisabeth Hell hatte recht gehabt. Auch das letzte Rätsel, die Zusendung jener Geldsumme klärte sich bald auf. Und zwar flüsterte ihr Hugo Reichert diese Aufklärung zu, als er am nächsten Vormittag schon neben dem geliebten Mädchen lag.

Herr Norbert Amberg hatte seine Mission mit dem größten Eifer betrieben. In Wien hatte er erfahren, daß der Maler, durch einen Zufall an der Abreise verhindert, noch in dieser Stadt weile. Er suchte ihn sofort auf und bald hatte er volle Klarheit, allerdings eine andere Klarheit, als er gedacht.

Politische Rundschau

Ausführung der Fürstenprozesse.

Im Rechtsausschuss des Reichstages, der sich mit der Ausführung der Fürsten beschaffigte, ist ein Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung eingegangen, nach dem alle Rechtsverfahren, die zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern bei deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) ausgesetzt sind. Völkische, Deutschnationale und Bayerische Volkspartei trugen rechtliche Bedenken gegen diesen Antrag vor. Im übrigen wurde bekannt, daß auch der Fürst von Lippe den mit ihm abgeschlossenen Vertrag angefochten hat. Von völkischer Seite war im Ausschuss ein Antrag eingegangen, im Falle einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürstenabfindungen die Vermögen der Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen zu enteignen und die Kreditbanken in öffentliche Hand zu überführen.

Ein Programm der deutschen Not.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht unter der obigen Überschrift ein neues Wirtschaftsprogramm. Nach dem Hinweis auf den schädlichen Beitrag von Versailles und den Darwens-Plan wird in dem Programm gefordert Beschränkung des öffentlichen Aufwandes, Befreiung von der nicht mehr tragbaren Last des ausgefallenen Verwaltungsapparates in Reich, Ländern und Gemeinden sowie Abbau der überspannten Gesetzgebung. Den Anfang hierzu soll eine erhebliche Vereinfachung der Steuern und der Steuerverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden bilden. Die öffentlichen Ausgaben müssen sich nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler richten. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen, vor allem Eisenbahn und Post, müssen wieder zu Instrumenten der deutschen Volkswirtschaft werden, die sie in der Vergangenheit waren. Außerdem wird die Erhaltung eines unabhängigen Berufsbeamtenstandes, Beschränkung der Zahl der Abgeordneten und Ausbau der Sozialfürsorge verlangt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die von unterrichteter italienischer Stelle mitgeteilt wird, hat der italienische Botschafter in Berlin, Graf Rodari, Berlin verlassen, um entsprechend einer bereits vor Monaten eingegangenen Verpflichtung, in Italien eine Reihe literarischer Vorträge, u. a. auch über Berthart Hauptmann, zu halten.

Schwerin. Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium demontiert alle Nachrichten über Anschlußabsichten Mecklenburgs an Preußen.

Paris. Aus Guatemala wird gemeldet, daß die Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua wegen der Wahl Chamorros zum Präsidenten von Nicaragua abgebrochen habe. Guatemala betrachte diese Wahl als einen Verstoß gegen die bestehenden Verträge.

Sudapest. Der Feldbischof Raday, der in die Frankfurteraffäre verwickelt ist, wurde seines Amtes enthoben.

Washington. Der Senat nahm mit 63 gegen 26 Stimmen den Antrag auf Schluß der Debatte in der Frage des Beitritts Amerikas zum Weltgerichtshof an. Damit steht fest, daß innerhalb weniger Tage die Schlußabstimmung stattfinden und über die Frage zu der Annahme der Resolution des Senators Watson, die sich für den Beitritt Amerikas auspricht, führen wird.

Die Ursachen der Marinemeuterei.

Flottenvorstoß und Reichsregierung.

Nachdem der deutschnationale Abg. Graf von der Schulenburg die Angriffe und Schmähungen gegen das alte Offizierskorps zurückgewiesen hatte, kam im Untersuchungsausschuss für den Zusammenbruch Admiral von Trotha

zu Wort, der seinerzeit Chef des Stabes der Hochseeflotte war. Es sei nicht richtig, daß die Mannschaften in dringenden Fällen keinen Urlaub bekommen hätten. Er selbst habe sich im Jahre 1916 mit Erfolg für die Steigerung des Verpflegungsgeldes eingesetzt. Die Renquetkommission habe auch Fragen behandelt, die mit der Verpflegung nichts mehr zu tun hätten, nämlich Themen, wie die Revolution in Rußland, die internationalen Friedenskonferenzen usw. Dieser Zustand, der an

Unbotmäßigkeit und Aufruhr

grenzte, konnte von der Marineleitung nicht geduldet werden. Der im September 1918 von der Marineleitung geplante Flottenvorstoß sei eine Notwendigkeit gewesen. Die englische Flotte wäre in einer Schlacht so geschädigt worden, daß sich ein ganz anderes Bild der Mächte in der Welt ergeben hätte. Der Admiral gibt ein genaues Bild des Schlachtplanes wieder, der die

größte Wahrscheinlichkeit des Erfolges

in sich barg. Nicht nur die Hochseeflotte, sondern auch Flugzeuge, Torpedos und U-Boote sollten in diesem Kampfe mitwirken. Ob die Regierung des Prinzen Max von Baden von dem Flottenvorstoß unterrichtet war, kann der Admiral nicht genau sagen. Auch der sachverständige General Ruhl vertrat die Meinung, daß die Flotte mit einem Vorstoß dem Vaterland einen großen Dienst

geleistet hätte. Die politische Lage wäre hierdurch nicht verschlechtert worden, ebensowenig die militärische. Der Abg. Brüninghaus stellte fest, daß die damalige Reichsregierung mit dem geplanten Flottenvorstoß einverstanden gewesen sei. Die Beschränkungen, die das Kabinett des Prinzen Max von Baden der Seefriedensleitung auferlegt habe, hätten sich nur auf den U-Boottkrieg bezogen. Der sachverständige Professor Felbrück bewies, daß es nach den bisherigen Darstellungen geträgt ist, daß der Reichskanzler Prinz Max von Baden von dem Flottenvorstoß der Marine in Kenntnis gesetzt worden sei. Demselben Zweifel gibt auch der Sachverständige Dr. Herz Ausdruck. Von der Marineleitung sei eine unbestimmte Form der Mitteilung an den Reichskanzler gelangt, um die Regierung im Klaren zu lassen. Im Untersuchungsausschuss wurde im übrigen bekannt, daß der Ausschuss festgestellt habe, daß in der Reichsregierung eine amtliche Veröffentlichung nicht vorliegt.

Neues aus aller Welt

Starke Zunahme der Gasvergiftungen in Berlin. Im vergangenen Jahre wurden der Berliner Feuerwehrlösung insgesamt rund 1500 Gasvergiftungen gemeldet. Dazu kommen noch zahlreiche Fälle, die der Polizei und den städtischen Rettungswachen mit Umgehung der Feuerwachen bekanntgegeben wurden. In den letzten Monaten ist eine weitere Zunahme der Gasvergiftungen bemerkt worden. Diese sich häufenden Selbstmordversuche mit Leuchtgas stellen auch eine starke Gefährdung der Allgemeinheit dar. In der Mehrzahl der Fälle konnte nämlich festgestellt werden, daß Gasexplosionen nur durch die Unachtsamkeit der Hausbewohner, der Feuerwehr oder der Polizei vermieden wurden.

Schweres Autounfall. Ein Lastkraftwagen der Harzer Kraftfahrzeuglinien der Ostharzbahnen kam an der Chaussee Sierleben-Eisleben, die ziemlich starke Gefälle hat und die infolge des leichten Verkehrs stark vereist war, ins Schlingensiefel. In einer Kurve wurde der Wagen nach links gedrückt und stürzte den ziemlich steilen Abhang eine Strecke von etwa 8 Metern herab, wobei er sich mehrfach überschlug. Von den sechs Fahrgästen wurde eine etwa 60 Jahre alte Frau sofort getötet. Der 20 Jahre alte Sohn der Frau, ein zweiter Fahrgast sowie der Fahrer wurden schwer verletzt.

Explosion in einer Pappfabrik. In dem zu der Hirschberger Pappfabrik G. m. b. H. gehörenden Marienwerk in Krusdorf erfolgte nach Schluß des Betriebes die Explosion eines Blinderes der Pappmaschine. Ein Mann verunglückte, doch befindet er sich bereits auf dem Wege der Besserung. Durch die Explosion, deren Ursache noch nicht bekannt ist, wurden sowohl das Gebäude der neu erbauten Pappfabrik wie die Maschinen vollständig zerstört.

Eine neue Großstadt am Rhein? Aber die Möglichkeit einer Zusammenlegung von M. Gladbach und Rheydt haben erneut Besprechungen stattgefunden. Man gedenkt wie verlautet, schon in nächster Zeit einen Plan des Zusammenschlusses durchzuführen, der der Beginn einer großartig angelegten Städtebebauung sein würde. Beide Gemeinwesen würden vereint mehr als 20 000 Einwohner zählen. Diese neue Gemeinschaft würde dann nach Aßm die zweitgrößte Stadt am linken Rheinufer sein.

Eine rheinische Gemeinde in Zahlungsschwierigkeiten. Der Bürgermeister von Höchscheid teilte in einem Schreiben den Beamten und Lehrern mit, daß ihr Dienstbezüge am 1. Februar in voller Höhe nicht ausbezahlt werden könnten; es werde zunächst ein Viertel der Bezüge für Februar ausbezahlt. Die weiteren Zahlungstermine würden bekanntgegeben werden.

Sturm auf dem Atlantischen Ozean. Die internationalen Rundfunkversuche an der atlantischen Küste mußten auf längere Zeit unterbrochen werden, da von dem briti-

schen Dampfer „Larion“ funktentelegraphische Notsignale eintrafen. Der Dampfer wurde mitten auf dem Atlantischen Ozean mit eingedrücktten Schotten vom Sturm hin- und hergetrieben. Eine weitere Meldung besagte, daß der deutsche Dampfer „Bremen“ herbeieilte, um Hilfe zu leisten. Wie weiter gemeldet wurde, befindet sich noch ein anderer Dampfer in der Höhe von Colon in Seenot.

Flugzeugabsturz über Nevada. Infolge des durch starken Schneefall hervorgerufenen unsichrigen Wetters stürzte ein der Elnischen Aeronaut A. G. gehörendes Passagierflugzeug bei einem Fluge über Nevada auf ein Geschäftshaus. Der Führer und die vier Passagiere erlitten Verletzungen. Dieser Unfall ist der erste im Betrieb der Aeronaut A. G., die seit 1922 den Luftverkehr mit Helsingfors, Riga und Stockholm vermittelt.

Brand auf einem amerikanischen Militärflugplatz. Auf dem Armeeflugplatz in Hollingfield brach Feuer aus, durch das neun Flugzeuge, zwölf nicht montierte Libermotoren sowie die Flughalle zerstört wurden. Man nimmt an, daß das Feuer auf eine fehlerhafte Anlage der elektrischen Leitung zurückzuführen ist. Der Schaden wird auf 350 000 Dollar geschätzt.

Bunte Tageschronik.

Rom. Die Kälte hat in Ober- und Mittelitalien angehalten. In Mailand ist ein Bauwächter erstoren. Das Palmas. Der spanische Major Franco ist auf seinem Flug nach Sidonierita auf den Kanarischen Inseln im Hafen von Cando eingetroffen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Brüder v. Tessin freigesprochen. In dem Tübingen Prozess gegen die Brüder v. Tessin wegen Ermordung ihres Bruders wurden beide Angeklagten freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Jeder der beiden Angeklagten könne als Täter in Frage kommen. Da aber bei der Tat keine Zeugen vorhanden gewesen seien, so könne die Mitflagge nur auf Vermutungen aufgebaut werden. Es sei nicht unmöglich, daß das Geständnis des Kurt v. Tessin, der sich der schließlichen Lösung beichtete, falsch gewesen sei. Tatsache sei, daß die zur Verlesung gebrachten Briefe, die nach vor dem Tode des Bruders geschrieben worden seien, stichende Liebe geäußert hätten. Es seien gewichtige Motive vorhanden, die nach wie vor den dringenden Verdacht ergäben, daß Friedrich Mansfeld v. Tessin doch als Täter in Frage komme, und auch Kurt von Tessin habe nicht voll gereinigt da.

Bermischtes.

Das unauffindbare Postamt „Restante“. In der Tschechoslowakei setzt sich bekanntlich fast ein Drittel der Bevölkerung aus Deutschen zusammen und die Deutschen sind im Lande Böhmen auch heute noch Träger von Wissenschaft und Bildung. Trotzdem hat es die tschechoslowakische Regierung für richtig gehalten, Tausende von ungeschicklich gleichberechtigten Deutschen aus amtlichen Stellen, die sie seit Jahrzehnten besetzt hatten, hinauszuwerfen und auf die Straße zu werfen. So mußten z. B. ausgerechnet im Weihnachtsmonat zahllose Postbeamte aus dem Postdienste scheiden, um tschechischen Anwärtern Platz zu machen. Die Deutschen wurden sogar aus den Gebieten, wo sie unfruchtlich in übertragender Mehrheit sich befinden, herausgeholt und Urtschechen müssen jetzt deutschen Firmen und Familien die Briefe zustellen. Was dabei herauskommt, zeigte sich dieser Tage in Aussicht an der Elbe, wo folgendes geschah: Ein tschechischer Postbeamter, der an Stelle eines abgetriebenen deutschen Postbeamten den Dienst versieht, ließ einen Brief, der mit dem Vermerk „poste restante“ aufgegeben worden war, an den Absender zurückgehen, weil, wie auf dem Briefumschlag als Postvermerk zu lesen stand, „ein Postamt Restante hierorts postamtlich nicht bekannt ist.“

Die Witter von Tibet sind nichttrauer. Ein sonderbarer Briefwechsel ist zwischen der Regierung von Tibet und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vonstatten gegangen. Die tibetianischen Machthaber haben den Amerikanern mitgeteilt, daß sie zu ihrem großen Bedauern die Einfuhr amerikanischer Tabake verbieten müßten, da diese Einfuhr zu großen Unzuträglichkeiten geführt habe und auch fürderhin zu Unannehmlichkeiten zu führen drohe. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß der schlechte Geruch, den der Tabak ausströme, die Götter und die Lamas des heiligen Landes Tibet dauernd belästige. Diese Götter seien von alters her nichttrauer und würden sich wohl kaum an neue Verhältnisse gewöhnen. Würde man ihnen zum Trost den Tabak weiter importieren, so würden die Folgen solcher Reizung Krankheiten für Menschen und Tiere sein.

Im Kampf um die Ehre.

Erzählung von A. Kentoh.

23)

(Nachdruck verboten.)

Wenn Heinz genesen, dann muß ich für lange Zeit mit ihm nach dem Süden. Bis dahin hoffe ich, daß Sie, Fräulein Lisbeth, bei ihm bleiben. Dann — dann steht nichts mehr Ihrem Glück im Wege!

Sie wandte sich ab. Eine Träne lief über ihre Wangen. Hugo Reichert war neben sie getreten.

„Und Sie, gnädige Frau?“ fragte er leise. Sie tat ihm doch leid, diese stolze, schöne Frau, welche ihm ihre Liebe so rückhaltlos geboten hatte.

„Ich?“ Sie sah ihm noch einmal lange in die Augen.

„Ich werde für mein einziges Kind leben,“ sagte sie dann beherrschend, „auch das ist ein Lebensinhalt!“

Er nahm ihre Hand und küßte sie. Aber in diesem Kuß lag eine tiefe Achtung.

Im nächsten Augenblick schloß sich die Tür hinter der hohen, schwarzen Gestalt. Hugo Reichert aber schloß noch einmal seine Braut in die Arme und flüsterte ihr unzählige zärtliche Worte ins Ohr, welche sie alles Leid dieser letzten Zeit vergessen ließen und ihr eine Zukunft voll Licht und Frieden vorgauberten.

Ende.

Ein unfehlbares Mittel.

„Wie? An Schlaflosigkeit leiden Sie?“ fragte Herr Sauerbier, der die Sucht hat, jedermanns Vormund, Ratgeber und Freund spielen zu wollen. „Wissen Sie, verehrter Herr, davon kann ich ein Lied singen. Aber ich kann Ihnen auch das einzige Mittel angeben, was Ihnen helfen kann. Werfen Sie alle Opiume und sonstigen Schlafmittel zum Fenster hinaus. Und wenn Sie wieder mal abends nicht einschlafen können, so nehmen Sie einfach das Adreß-

buch, fangen auf der ersten Seite mit dem Buchstaben A an und lesen die Namen durch. Sie können sich fest darauf verlassen, noch bevor Sie auf der zweiten Seite angekommen sind, fallen Ihnen schon die Augen zu.“

Aber Herr Campefeld, der sich über die Schlaflosigkeit beklagte hatte, schien für den guten Rat Sauerbiers nicht besonders dankbar zu sein.

„Das ist genau dasselbe, was mir gestern schon so ein Alleswisser geraten hat, und ich war auch dumm genug, das Mittel anzuwenden.“

„Es hat Ihnen nicht geholfen?“

„Nicht die Spur,“ brummte der schlaflose Campefeld. „Ich hab's gestern abend gleich versucht. Ich hab' zuerst die Namen auf A durchgesehen, und als ich mit dem Buchstaben beinahe fertig bin, stoße ich auf den Namen Argentin, Paul Argentin. Das ist mein größter Gläubiger, und nächste Woche habe ich dem Mann eine schwere Rechnung zu bezahlen. Glauben Sie vielleicht, daß mich der Gedanke schlafriig gemacht hätte? Im Gegenteil, aufgeweckt hat er mich und ganz elend ist mir dabei geworden.“

„Nun, und dann?“

„Na, ich war dumm genug, weiter zu lesen und den Buchstaben B vorzunehmen. Gerade fing ich an, mich etwas schlafriig zu fühlen, als ich auf den Namen Bacher, Doktor Julius Bacher, kam. Das ist mein Arzt, der mich auf Schlaflosigkeit behandelt und dem ich schon mehr Geld schulde, als ich ausdenken kann. Das war natürlich von sehr einschläfernder Wirkung. Und etwas weiter stieß ich auf den Namen des Rechtsanwalts Buttermilch, der mir vorige Woche einen Prozeß verloren hat. Glauben Sie vielleicht, daß mir das Schlaf gemacht hätte? Wenn ich nun nicht ein großer so Fei wäre, dann hätte ich jetzt ausgehört. Aber nein! Ruh mich der Teufel reiten, auch noch den Buchstaben C anzufangen. Und was glauben Sie wohl, was ich dabei für eine Entdeckung machte? Mein Name, der Name Peter Heinrich Campefeld, steht nicht im Adreßbuch! Dieser Idiot von Buchdrucker hat ihn ausgelassen, meinen Namen einfach ausgelassen, und ich kann ein ganzes Jahr warten, bevor er wieder aufgenommen wird. Kein Auge habe ich die ganze

Nacht schliefen können. Das Adreßbuch ein Mittel gegen Schlaflosigkeit! Haha! Bringen Sie Ihre guten Ratschläge anderswo an, Herr Sauerbier!“

Das Kompliment.

„Wilhelm,“ sagte Frau Bämmchen, während sie sich eine Tasse Mokka einsetzte, „heute vormittag habe ich ein sehr hübsches Kompliment über dich gehört.“

Herr Bämmchen legte die Zeitung hin, gab seinen beiden Schnurrbartspitzen eine feste Wendung nach oben und antwortete mit selbstzufriedener Miene:

„Na, das ist mir doch nichts so Wertwürdiges. Es werden mir fast täglich Komplimente gemacht.“

Frau Bämmchen rührte mit dem Zuckerrössel ihren Kaffee um, während ihr Mann wartete, daß sie sich näher erklären würde. Sie schwieg jedoch. Schließlich sagte er ungeduldig:

„Warum erzählst du mir denn nicht, was es war? Wer hat ein Kompliment über mich gemacht?“

„Ich glaube, das bist du gar nicht imstande zu erraten.“

„Woher die hübsche junge Frau Döring?“ meinte er.

„I bewahre.“

„Fräulein Klara Wandel vielleicht?“

„Keine Spur.“

„Mein Gott, wenn irgendein Geheimnis dabei ist, dann will ich gar nicht wissen, was es ist und wer es gesagt hat.“

„Es ist durchaus kein Geheimnis dabei,“ gab Frau Bämmchen zur Antwort und lächelte ihr harmlosestes Lächeln. „Ich traf heute Herrn Benschberg, und der sagte mir, je öfter er mir begegne, desto mehr sei er überzeugt, daß du ein Mann von auserlesenem Geschmack wärest.“

Herr Bämmchen dachte einen Augenblick nach. Dann lächelte er die Zeitung beiseite, warf seiner Frau einen unfründlichen Blick zu, ballte beide Hände in den Seiten-taschen seines Rockes und schritt brummend zur Tür hinaus.